

Übersichten

Außenpolitik

NAHOST UND AFRIKA

* (1) Empfang eines israelischen Politikers

Der Präsident der CAFJU (vgl. dazu Übersicht im vorliegenden Heft), Li Yimeng, hat am 10. März in der Volkskongreßhalle in Beijing Elazar Granot, den Generalsekretär der israelischen Mapam (Vereinigten Arbeiterpartei) empfangen, der sich 11 Tage in der VRCh aufhielt.

Granot hob hervor, daß er der Vertreter der ersten zionistischen Partei sei, der je nach VRCh eingeladen wurde. Seine Partei vertrete die Ansicht, daß Israel die Besetzung der arabischen und palästinensischen Territorien beenden müsse und hoffe, daß China eine noch wichtigere Rolle bei der friedlichen Lösung der Nahost-Frage spiele (Radio Beijing in SWB, 16.3.88).

Bereits Anfang 1987 waren chinesische und israelische Politiker am Rande der UNO in Gespräche eingetreten.

Die chinesische Seite wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, daß Zusammenkünfte solcher Art nicht als eine Änderung in der chinesischen Politik gegenüber dem Nahen Osten und Israel interpretiert werden dürfen. Als ein Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats trage China mit die Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit der Welt. Wenn die israelische Seite den Wunsch äußere, im Hinblick auf die Lösung der Nahost-Frage mit einem der Vertreter der fünf Ständigen Mitglieder zusammenzutreffen, so könne sich China einem solchen Wunsch nicht entziehen.

Der chinesische Standpunkt zur Nahost-Frage ist bekannt: (1) Israel muß seine Truppen restlos aus dem von ihm seit 1967 besetzt gehaltenen arabischen Territorien (inkl. dem arabischen Teil Jerusalems) abziehen, (2) die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf die Gründung eines unabhängigen nationalen Staates, müssen wieder hergestellt werden, (3) alle Länder im Nahen Osten haben das Recht auf Unabhängigkeit und Existenz - also auch Israel. China befürwortet die Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO, an der alle betroffenen Seiten teilnehmen sollten. Sämtliche Konfliktparteien, darunter auch die PLO, sollten das Recht haben, als gleichberechtigte Partner an der Konferenz teilzunehmen.

Aus chinesischer Sicht ist die Palästina-Frage nach wie vor die "Crux für den Frieden im Nahen Osten". Wenn die israelische Regierung das nicht zur Kenntnis nehme, lasse sich der Konflikt nicht aus der Welt schaffen (XNA, 21.3.88). Der derzeitige Umgang Israels mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten werde nie und nimmer zu einer Lösung führen (so bereits XNA, 30.1. und 6.2.88).

Die Delegation war von der CAFIU, der Chinesischen Gesellschaft für Internationale Verständigung, empfangen worden, einer offiziell "regierungsunabhängigen" Organisation. -we-

* (2) Stellungnahme zum Terrorismus

Im Zusammenhang mit der Entführung eines kuwaitischen Flugzeugs im April 1988 sei hier an die Stellungnahme Chinas zum "Internationalen Terrorismus" erinnert. Dazu hatte die Volksrepublik am 26. Oktober 1987 vor dem Rechtsausschuß der UNO-Generalversammlung erklärt, daß der Terrorismus von allen Staaten der Welt gemeinsam bekämpft werden müsse.

Allerdings sei zwischen "Internationalen Terrorismus" und "Nationalen Befreiungsbewegungen" genau zu unterscheiden. Es müsse anerkannt werden, daß der Kampf gegen koloniale Beherrschung oder aber gegen ein rassistisches Regime legitim sei und in keinem Fall als Terrorismus eingestuft werden dürfe (XNA, 28.10.87). Offensichtlich gibt es für China keine Grenze in diesem Notwehrverhalten.

Die internationale Gemeinschaft solle ernsthaft die Gründe untersuchen, aus denen der Terrorismus erwächst. Gegen echten Terrorismus müsse unbedingt und in allen Fällen eingeschritten werden.

China wird sich hier einige Fragen gefallen lassen müssen: Sind Flugzeugentführungen durch Palästinenser gerechtfertigt? Nach chinesischer Ansicht steht die PLO ja in einem echten Befreiungskampf. Wo sind die Grenzen für diesen Kampf? Wie steht es ferner mit Tibet? War der Widerstand der Tibetaner wenigstens zur Zeit der Kulturrevolution oder der Viererbande gerechtfertigt? Wann wird mit anderen Worten legitime Herrschaft zu kolonialer Unterwerfung? Wird China sich seine Differenzierung zwischen rechtem und ungerechtem Terrorismus am Ende nicht doch noch einmal überlegen müssen? -we-

USA

* (3) Das chinesisch-amerikanische Verhältnis: Probleme anlässlich der USA-Visite des chinesischen Außenministers

Anfang März 1988 besuchte Wu Xueqian die USA und wurde dort von allen Spitzenpolitikern, einschließlich des Präsidenten, empfangen. Bei der 40minütigen Besprechung mit Reagan war von beiderseitiger "Genugtuung" die Rede (XNA, 9.3.88), doch gibt es nach wie vor auch eine Reihe von Problemen. Insbesondere 1987 erwies sich als ein Jahr der Belastungsproben, in dessen Verlauf sechs Streitfälle aufkamen, nämlich

(1) die Taiwan-Frage: U.a. behandelte der US-Kongreß 1987 eine Gesetzesvorlage, die der "Unabhängigkeit" Taiwans dienen soll.

(2) die kritische Stellungnahme des US-Kongresses zur Familienplanungspolitik Chinas: Die USA wollen, wie sie es ausdrücken, keine Zuschüsse zu Abtreibungen leisten.

(3) die Tibet-Frage: Im Mai 1987 wurde der Dalai Lama eingeladen, eine Rede im US-Kongreß zu halten. Dabei brachte er einen "Fünf-Punkte-Vorschlag" zur Debatte.

(4) die "Seidenraupen"-Raketen: Obwohl sich China im Konflikt zwischen Iran und dem Irak streng neutral verhalte und beide kriegsführenden Parteien zum Waffenstillstand überreden wolle, habe ihm der US-Kongreß vorgeworfen, eine Kriegspartei mit Raketen zu beliefern. Es müsse betont werden, daß China niemals direkt Waffen an den Iran verkauft und daß es außerdem in letzter Zeit strenge Vorsorgemaßnahmen ergriffen habe, um zu verhindern, daß chinesische Waffen über den Weltmarkt an den Iran gelangen (welche?). Im übrigen stehe es gerade der US-Regierung, dem Hauptwaffenlieferant der Welt, schlecht zu Gesicht, den Chinesen Vorhaltungen zu machen.

(5) Limitierung des Technologietransfers: Im Zusammenhang mit den oben erwähnten Fragen (3) und (4) hatten der US-Kongreß und die -Regierung vorgeschlagen, die Bedingungen für den Technologietransfer nach China wieder zu verschärfen. Dies sei eine "politische Erpressung", die dem Geist der Gleichberechtigung zwischen zwei souveränen Staaten widerspreche.

(6) Außerdem mische sich der US-Kongreß dauernd in innerchinesische Angelegenheiten ein und setze sich z.B. in unangemessener Weise mit der chinesischen Politik gegen die "bürgerliche Liberalisierung" auseinander.

Diese sechs Streitobjekte ließen sich zwei Kategorien zuordnen, nämlich der "groben Einmischung in die inneren Angelegenheiten" und der "politischen Erpressung"; beide seien Ausdruck von Hegemonismus.

Sollen sich die bilateralen Beziehungen nicht wieder verschlechtern, so gelte es, vier Richtlinien einzuhalten, nämlich gegenseitigen Respekt zu wahren, gegenseitiges Verständnis füreinander zu entwickeln, die ideologischen Vorurteile nicht auf die staatlichen Beziehungen zu übertragen und bewußt weitere Störungen, wie sie sich beispielsweise in den oben genannten Punkte manifestieren, zu vermeiden (zu diesen Betrachtungen Huan Xiang, Direktor des For-

schungsinstituts für Internationale Fragen beim Staatsrat, in BRU 1988, Nr.7/8, S.26 ff.).

Auch Wu Xueqian wies bei seinem USA-Besuch auf die Wichtigkeit einer solchen Sensibilisierung hin (XNA, 7.3.88). Zur weiteren Verbesserung müsse vor allem auf drei Punkte geachtet werden, nämlich erstens auf die "richtige" Behandlung der Taiwan-Frage, zweitens auf eine Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und technologischen Kooperation und drittens auf eine gegenseitige Annäherung bei der Behandlung außenpolitischer Probleme (XNA, 10.3.88). Als positiv wurde angemerkt, daß Präsident Reagan erneut den Ein-China-Standpunkt der USA betonte, und außerdem erklärte, daß die USA alle Kontakte zwischen Festlands- und Taiwan-Bevölkerung begrüßten. Dies sei das erstmal, daß ein amerikanischer Präsident sich so deutlich ausgesprochen habe (XNA nach SWB, 11.3.88).

China begrüßt auch die Entsendung von Angehörigen des US-Peace-Corps in die Volksrepublik (XNA, 17.3.88). Ferner nahm die chinesische Seite energisch Stellung gegen einen Artikel von Fox Butterfield in der *New York Times* (25.3.88), demzufolge Beijing - besorgt über zunehmenden westlichen Einfluß - weniger Studenten ins Ausland schicken wolle. Gegenwärtig studierten 40.000 Chinesen im Ausland, darunter allein 27.000 in den USA. Chinas neue Politik laufe keineswegs darauf hinaus, die Zahl um jährlich 3.000 zurückzunehmen. Aussagen dieser Art träfen, wie die chinesische Seite versichert, nicht zu. Eher sei das Gegenteil der Fall (Radio Beijing in SWB, 31.3.88).

Am 2.März wurde in Los Angeles ein chinesisches Generalkonsulat eröffnet (XNA, 4.3.88), und zwar in Anwesenheit von Außenminister Wu Xueqian.

Wu und kurze Zeit nach ihm auch ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß aufgrund des neu erlangten Konsenses die Entwicklung der bilateralen Beziehungen in Zukunft gesünder und konstanter verlaufe.

Während Wu Xueqian in den USA war, besuchte der frühere stellvertretende Präsident der USA, Walter Mondale, die VR China. Er wurde dort u.a. von Zhao Ziyang und Li Peng empfangen. Es war der fünfte Besuch Mondales in der Volksrepublik. -we-

ASIEN

*(4)

Indonesien hat es mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu China nicht eilig

General Murdani, (zu dieser Zeit noch) Oberkommandierender der indonesischen Streitkräfte, sagte am 18.Februar vor dem Parlament in Jakarta, daß das Haupthindernis für die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit China die fortgesetzte Anerkennung der verbotenen Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) durch Beijing sei. PKI-Mitglieder würden nach wie vor zu Feierlichkeiten an chinesischen Revolutionsgedenktagen eingeladen.

Indonesien hatte seine diplomatischen Beziehungen zur VR China im Jahr 1967 abgebrochen, da die Nachfolger Präsident Sukarnos der Ansicht waren, die VRCh habe den (kommunistischen) Putschversuch im Jahre 1965 unterstützt.

Seit etwa sechs Jahren gibt es wieder (sportliche) Kontakte zwischen beiden Ländern, seit 1987 auch - schnell wachsende - Handelsbeziehungen.

Im Juli 1987 war die erste indonesische Delegation seit dem Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Ländern nach China gekommen. Da es sich hier um eine regierungsunabhängige Delegation handelte, wurde sie von der CAFIU (Chinesische Gesellschaft für Internationale Verständigung) empfangen, die ebenfalls als "regierungsunabhängige Organisation" gilt. Mangun Wijaya, der Delegationsleiter und ein bekannter indonesischer Kolumnist, veröffentlichte fünf Artikel über seine China-Eindrücke im *Kompas*, der bedeutendsten Tageszeitung Indonesiens.

General Yoga Sugama, Chef der Spionageabwehr, wies darauf hin, daß Indonesien keine Eile mit der Wiederherstellung formaler Beziehungen habe, solange Beijing nicht formell einräume, daß es an dem Putschversuch von 1967 beteiligt war und darüber hinaus verspreche, sich nicht noch einmal in die inneren Angelegenheiten Indonesiens einzumischen. "Wir können diesen blutigen Putschversuch niemals vergessen, und es ist eine Frage des Prinzips, daß Beijing eine Beteiligung zugibt und um Entschuldigung bittet." (N, 20.2.88 und Antara, in SWB, 23.2.88). Auf ein

solches Zugeständnis wird Indonesien freilich lange warten müssen. Schon 1985 hat der chinesische Außenminister Wu Xueqian anlässlich des 30. Jahrestags der Bandung-Konferenz bestritten, daß sein Land etwas mit dem Putschversuch zu tun gehabt habe.

Im übrigen aber fährt China fort, Indonesien zu umwerben, ihm günstige Handelsmöglichkeiten zu eröffnen und auch über innenpolitische Vorgänge fair zu berichten, so z.B. über die Wiederwahl Suhartos, der am 10. März vom Beratenden Volkskongreß zum fünftenmal für fünf Jahre zum Präsidenten bestimmt wurde. Die chinesischen Kommentare streiften den 5. Fünfjahresplan (1990-95), schilderten die Struktur der drei politischen Parteien, nämlich der regierenden Golkar, der Vereinigten Entwicklungspartei (PPP) und der Demokratischen Partei Indonesiens (PDI). Die Golkar-Partei, die stärkste der drei Gruppierungen, verfüge an der Basis über 8 Mio. Aktivisten und habe bei der letzten Wahl 73% aller Stimmen gewonnen. Die größte Oppositionspartei, die PPP, sei ein Zusammenschluß aus vier islamischen Gruppen, die allerdings innerlich durch Meinungsverschiedenheiten und Fraktionskämpfe gelähmt werde. Die PDI, ein Zusammenschluß der Nationalen Partei (früher geführt von den verstorbenen Präsidenten Sukarno) und vier weiterer Parteien, habe einigen Einfluß auf die armen Stadtbewohner. Sie versuche, die inneren Widersprüche der PPP zu nutzen, um mehr Stimmen zu erhalten.

In seiner letzten Wahlrede habe Suharto den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und Kambodscha, die Gründung eines Heimatlands der Palästinenser und das Ende des Iran/Irak-Kriegs verlangt - also durchwegs Forderungen ausgesprochen, die ganz auf der chinesischen Linie liegen.

Drei der sechs ASEAN-Staaten, nämlich Indonesien, Malaysia und Brunei, unterhalten bisher noch keine diplomatischen Beziehungen zu Beijing, obwohl einer von ihnen, nämlich Singapur, mit der VRCh in ständigem Gesprächs- und Handelskontakt steht. -we-

***(5) Der Kokario-Fall bleibt weiter aktuell**

Im chinesisch-japanischen Verhältnis gibt es zwar viele Probleme, doch groteskerweise wird der Streit um den Fall des Studentenheims

Kokario in Kyoto von den Chinesen seit Jahren so behandelt, als handele es sich dabei um eine Frage chiliastischen Ausmaßes.

Das fünfstöckige Studentenheim wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit öffentlichen Mitteln der damaligen Republik China errichtet und diente seitdem als Unterkunft für chinesische Studierende in Japan.

Als es Mitte der 60er Jahre zwischen Taiwan und der VRCh zu Streitigkeiten um das Eigentum kam, erhob die Regierung der Republik China 1967 vor japanischen Gerichten eine Klage auf Feststellung ihres Eigentumsrechts, wurde damit aber 1977 abgewiesen. Taibei ging in die Berufung vor das Landgericht Osaka, das im Februar 1987 feststellte, daß das Studentenheim Eigentum der Republik China auf Taiwan sei (dazu XNA, 25.3.88).

Inzwischen ist die Streitfrage in die Revision gegangen und beim Obersten Gericht in Tokyo gelandet.

Aus der Sicht Beijings ist "Kokario" nicht nur ein schlichter Zivilprozeßfall, sondern eine "prinzipielle Angelegenheit", die die Frage betrifft, ob sich die japanische Regierung wirklich an die chinesisch-japanische Gemeinsame Erklärung, an den chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag und an die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts hält.

Schon die Tatsache, daß japanische Gerichte eine Klage der "Republik China" angenommen haben, ist aus volksrepublikanischer Sicht eine Verletzung der Bestimmungen der chinesisch-japanischen Gemeinsamen Erklärung von 1972. Japan könne sich hier auch nicht einfach mit dem Hinweis davonstellen, daß seine Verfassung drei Gewalten aufweise, von denen eine - die Justiz - unabhängig - und somit unbeeinflussbar - sei (so Vize-Außenminister Qian Qichen schon in einer Pressekonferenz vom 3. April 1987, BRu 1987, Nr. 15, S. 15). Xinhua kommt mindestens einmal pro Monat auf den Kokario-Fall zu sprechen, so zuletzt am 25.3.1988). -we-

***(6) Anschlag auf das chinesische Konsulat im japanischen Fukuoka**

In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1988 gab ein bisher unbekannter Schütze einen Schuß auf das dreistöckige chinesische Kon-

sulatsgebäude in Fukuoka ab und floh dann (XNA, 14.3.). Am 12. März richtete die Präfektur Fukuoka einen Untersuchungsausschuß für den Zwischenfall ein. Außerdem bedauerte die japanische Regierung, daß ausgerechnet im zehnten Jahr der Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrages ein solcher Vorfall sich ereignet habe. Die japanischen Behörden wollten sich alle Mühe geben, den Übeltäter so schnell wie möglich dingfest zu machen (XNA, 14.3.88). Auch das Ministerpräsidentenamt sprach ausdrücklich sein Bedauern aus (XNA, 14.3.88).

Am 21. März erklärte eine bis dahin unbekannte Untergrundgruppe, daß sie in Zukunft noch öfters Angriffe auf ausländische Vertretungen unternehmen werde. Der Anschlag auf das chinesische Konsulat in Fukuoka habe nicht den Chinesen gegolten, sondern sei als Protest gegen den höchsten Polizeioffizier der Fukuoka-Präfektur zu verstehen, der in einem bestimmten Fall zu unrecht gegen die Yakuza (dies ist ein anderer Ausdruck für die japanische Mafia) vorgegangen sei (XNA, 22.3.88).

Am 19. März entschuldigte sich auch der Bürgermeister von Fukuoka-Stadt beim chinesischen Konsulat: Man sieht, die chinesischen Vertretungen werden mit Glacé-Handschuhen behandelt. Als es 1964 zu dem bekannten Nagasaki-Flaggenzwischenfall gekommen war, bei dem Vertreter rechter Gruppierungen eine Flagge des "Roten China" von einem Fahnenmast gerissen und verbrannt hatten, hatte China fast vom einen auf den anderen Tag seine offiziellen Handelsbeziehungen zu Japan abgebrochen - ein Zwischenfall, von dem die deutsche Exportindustrie eine Zeitlang außerordentlich profitierte. -we-

***(7) Zufriedenheit - und Gereiztheit im chinesisch-japanischen Verhältnis**

Sieht man vom Kokario- und Fukuoka-Fall ab, so steht es zur Zeit günstig um die chinesisch-japanischen Beziehungen.

Die Wahl Noboru Takeshitas zum neuen Präsidenten der LDP sowie gleichzeitig zum Ministerpräsidenten (am 20. Oktober 1987) wurde in der chinesischen Presse freundlich kommentiert. Takeshita sei mit einer Reihe von schwierigen Problemen konfrontiert.

Im Vordergrund stünden die "Umpolung" Japans von einer exportauf eine binnenmarktorientierte Wirtschaft, des weiteren die Öffnung des japanischen Markts und schließlich der Abbau des riesigen Zahlungsbilanzüberschusses zwischen Japan und seinen Handelspartnern, insbesondere den USA.

Weiterhin werde Takeshita bei seinem Treffen mit Gorbatschow die Kurilen-Frage ansprechen, und schließlich dürfe er - sic! - das Problem des Kokario-Studentenheims in Kyoto nicht vergessen. Ferner werde er Probleme mit der Einführung des Mehrwertsteuergesetzes haben - eine Erblast, die vom Vorgänger Nakasone übernommen wurde. (BRu 1987, Nr.44, S.12 f.) Mit einer gewissen Bewunderung gab Xinhua (XNA, 28.12.87) dann einen Überblick über die erneuten Wirtschaftserfolge Japans, dessen "ökonomisches Klima" nicht mehr bewölkt, sondern wieder klar sei. Zwar habe es einige Einbrüche bei Stahl und Halbleitern, im Schiffsbau, im Automobilbau und in der Elektroindustrie gegeben - eine Folge des teuer gewordenen Yen. Insgesamt jedoch habe die Volkswirtschaft wieder zugelegt.

Ohne Kritik wird auch über die weitere Erhöhung des Militärbudgets berichtet. In dem am 28. Dezember 1987 verabschiedeten Haushalt für 1988 wurden die Verteidigungsausgaben auf 3.7003 Billionen Yen (etwa 28 Mrd. US\$) veranschlagt - ein Anstieg von 5,2% gegenüber 1987 und eine Summe, die 1,013% des japanischen BSP ausmacht. Als kritische Obergrenze wurde bekanntlich bereits vom Kabinett Miki im November 1976 die 1%-Grenze festgelegt. Über diesen Punkt ist man inzwischen also hinaus! (XNA, 29.12.87 u. 20.1.88)

Mit Befriedigung hat die chinesische Seite festgestellt, daß der neue japanische Premierminister nicht den Yasukuni-Schrein besuchen werde (XNA, 5.1.88), also jene Gedenkstätte, an der auch die von alliierten Gerichten als "Kriegsverbrecher" verurteilten Militärs ihre Gedenkstätte haben, die in den 30er und 40er Jahren den Krieg in China geführt haben.

Verärgert war Beijing andererseits darüber, daß aus dem inzwischen weltweit gezeigten Film des italienischen Regisseurs Bertolucci über das Leben des "letzten Kaisers" in

Japan die Szene des Nanjing-Massakers herausgeschnitten wurde (XNA, 18.1.88). Die Originalfassung zeigt u.a. einen Pu Yi, der im Gefängnis einen Dokumentarfilm mit Szenen des Nanjing-Massakers anschaut. Damals, im Dezember 1937, waren nach chinesischer Behauptung rund 300.000 chinesische Soldaten und Zivilisten von der japanischen Soldateska ermordet worden. -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

*(8)

Die CAFIU - Kontaktorgan für heikle Fälle: Zuständigkeitsabgrenzung zur "Gesellschaft für Freundschaftsverbindungen mit dem Ausland"

Die 1981 gegründete CAFIU (Chinese Agency For International Understanding) hat offiziell das Ziel, "das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen China und anderen Völkern zu fördern und den Weltfrieden zu wahren zu helfen". Zu diesem Zweck organisiert sie den Besuchsaustausch, hält Seminare ab, nimmt an internationalen Konferenzen teil und tauscht Publikationen aus. In Wirklichkeit zeigte es sich, daß die CAFIU immer mehr zu einem Instrument für heikle Fälle wird. Als offiziell "regierungsunabhängige" Organisation kann sie auch solche Delegationen empfangen, mit denen die Regierung oder die KPCh zumindest am Anfang nicht unbedingt etwas zu tun haben möchten. Im Juli 1987 beispielsweise empfing sie die erste (regierungsunabhängige) Delegation aus Indonesien, im November 1987 eine Delegation der Progressiven Föderativen Partei aus Südafrika, im März 1988 eine Delegation der Vereinigten Arbeiterpartei Israels. Bevor die SPD und die britische Labour-Partei mit der KPCh Beziehungen aufnahmen, wurden sie ebenfalls von der CAFIU "vorbehandelt".

Daneben gibt es aber auch noch unproblematische Verbindungen, so z.B. mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit der Bolivar-Stiftung Kolumbiens, der Krishna Menon Memorial Society Indiens, dem Forschungsinstitut für Politik der USA, mit der UNESCO und mit dem Club of Rome. Im Juli 1987 veranstaltete die CAFIU z.B. gemeinsam mit der Ebert-Stiftung ein Seminar über Nord-Süd-Beziehungen. Insgesamt steht die Gesell-

schaft heute mit etwa 200 Parteien, Organisationen und Forschungsinstituten in 78 Ländern in Verbindung (BRu 1988, Nr.11, S.11 f.).

Zu unterscheiden von der CAFIU ist die "Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaftsverbindungen mit dem Ausland", die vor allem für den Kulturaustausch und für Partnerschaften mit dem Ausland zuständig ist. Zwischen 1981 und 1985 hat diese Gesellschaft beispielsweise mehr als 200 Kulturdelegationen aus verschiedenen Ländern empfangen und etwa 100 chinesische Delegationen ins Ausland entsandt.

Ende 1986 hatten 25 chinesische Provinzen mit Hilfe der Gesellschaft Partnerschaften mit ausländischen Städten oder föderativen Bundesländern geschlossen (RMRB, 15.12.86).

In den letzten Jahren klagen die Behörden darüber, daß es zuviele Personen und Leute gebe, die das Ausland besuchen wollten. Dies sei anormal zu einer devisenknappen Zeit (XNA, 28.10.87). -we-

*(9)

"Größter und modernster Seehafen" Chinas

Am 9. Februar 1988 gab die *Armeezeitung* und am 11. Februar 1988 die *Übersee-Ausgabe* der *Volkszeitung* bekannt, daß ein neuer Großhafen, der bergumschlossen sei und eine Fläche von 10,7 sowie eine Wasserfläche von 3,9 qkm habe, nach 11jähriger Bauzeit demnächst seiner Bestimmung übergeben werden könne. In dem Hafen gebe es vier Becken und zwei Docks. Der Hafen werde zusätzlich geschützt durch zwei stahlbewehrte Molen. Er läuft i.ü. unter der Bezeichnung "Projekt 1204". Allerdings wird absichtlich nicht erwähnt, wo dieser wohl größte künstliche Marinehafen Ostasiens nun eigentlich genau liegt.

Man darf davon ausgehen, daß es sich um eine Anlage nahe der nordostchinesischen Hafenstadt Dalian handelt, wo ausländischen Reisenden seit einiger Zeit Abschirmungsmaßnahmen aufgefallen sind.

Lüshun und Dalian, die als "Port Arthur" und "Dairen/Dalny" lange Zeit zwischen Japan und Rußland umkämpft waren und die von der Sowjetunion erst 1956 freigegeben

wurden, sind eisfreie Häfen mit außerordentlicher strategischer Bedeutung für Operationen im Nordpazifik. Der Baubeginn für "Projekt 1204" (1977) fiel in eine Zeit, da es um die sino-sowjetischen Beziehungen nicht allzu gut bestellt war. -we-

Innenpolitik

*(10)

5. Plenarsitzung des Politbüros

Das Politbüro des XIII. Zentralkomitees der KPCh trat vom 3. bis 4. März 1988 zu seiner 5. Plenarsitzung zusammen und beschloß, die 2. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees für den 15. März einzuberufen.

Darüber hinaus diskutierte und billigte das Politbüro die folgenden Vorlagen:

- den von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang in Vertretung des Politbüros abgegebenen "Arbeitsbericht [des Politbüros] für die 2. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh";
- eine Liste von Kandidaten für staatliche Führungspositionen, die der 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses (NVK) vorgelegt werden soll;
- eine Liste von Kandidaten für leitende Positionen im Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV), die der 1. Tagung des VII. Nationalkomitees der PKCV vorgelegt werden soll.

Das Politbüro beschloß außerdem, die beiden Wahlkandidatenlisten mit den demokratischen Parteien, mit Persönlichkeiten ohne Parteizugehörigkeit und mit den betroffenen Massenorganisationen zu erörtern und an die 2. Plenartagung des XIII. ZK zur Beratung und Beschlußfassung zu überweisen. An der Politbürositzung nahmen 15 von 17 Politbüromitgliedern und ein Kandidat teil. (RMRB, 5.3.88)

Durch die neue Offenheit in der Berichterstattung über formelle Sitzungen des Politbüros wurde zum erstenmal offiziell bestätigt, daß die Führer des Staates und der PKCV von der Führung der Kommunistischen Partei ausgewählt werden. Daß die "Erörterung" (xieshang) der vom Politbüro aufgestellten Wahlkandidatenlisten durch

Nichtkommunisten nach wie vor eine Farce ist, wird daran deutlich, daß die Listen gleichzeitig an das ZK-Plenum zur Beschlußfassung überwiesen wurden - Änderungen durch "Erörterungen" mit Nichtkommunisten im Rahmen der Einheitsfrontpolitik sind offensichtlich gar nicht erst vorgesehen. Aber auch vom ZK-Plenum und vom NVK sind keine Änderungen der vom Politbüro beschlossenen Listen zu erwarten, da nach dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus" eine von der Parteizentrale gefällte Entscheidung von den unteren Ebene zu befolgen ist. -sch-

*(11)

6. Plenarsitzung des Politbüros

Das Politbüro des XIII. Zentralkomitees der KPCh trat am 9. März 1988 zu seiner 6. Plenarsitzung zusammen, um den Regierungsbericht des amtierenden Ministerpräsidenten Li Peng für die 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses (NVK) zu beraten. Das Politbüro stimmte dem Bericht "im Prinzip" zu und schlug vor, den Bericht nach einer weiteren Anhörung von Meinungen hierzu in entsprechend abgeänderter Fassung der NVK-Tagung zur Beratung vorzulegen. An der Sitzung des Politbüros nahmen 12 der 17 Mitglieder sowie der einzige Kandidat des Politbüros (Ding Guan'gen) teil. (RMRB, 10.3.88) -sch-

*(12)

2. Plenartagungen des XIII. Zentralkomitees, der Zentralen Beraterkommission und der Zentralen Disziplinungskontrollkommission

Das XIII. Zentralkomitee der KPCh trat vom 15. bis 19. März 1988 zu seiner 2. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 171 von 175 ZK-Mitgliedern und 107 von 110 ZK-Kandidaten teil. Außerdem nahmen 183 von 200 Mitgliedern der Zentralen Beraterkommission, 68 der 69 Mitglieder der Zentralen Disziplinungskontrollkommission und 36 weitere Führungskader als Beobachter an der ZK-Plenartagung teil. (RMRB, 16./20.3.88)

Auf der Tagung trug Zhao Ziyang im Namen des Politbüros einen Arbeitsbericht vor (Text in: RMRB, 21.3.88), in dem er sich mit folgenden sechs Themen beschäftigte:

- 1) Die personellen Entscheidungen der bevorstehenden Tagungen des Nationalen Volkskongresses und des Nationalkomitees der PKCV und die Strukturreform des Staatsrats. Bezüglich der Strukturreform erklärte Zhao, daß ihr Schwerpunkt nicht auf der Abschaffung und Verringerung der Staatsorgane liege, sondern auf der Veränderung der Funktionen der Organe. Da dies nicht den ursprünglichen Intentionen der marktorientierten Reformkräfte entspricht, gestand Zhao der anstehenden Reform auch nur "Übergangscharakter" zu.
- 2) Die wirtschaftliche Lage. Hierunter sprach Zhao u.a. die Preissteigerungen für Lebensmittel an. Dieses Problem könne nur durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden. Unter der Forderung nach verstärkter Anwendung des Wertgesetzes und nach weiterer Entwicklung der Warenwirtschaft im landwirtschaftlichen Bereich forderte Zhao zwischen den Zeilen weitere Preisfreigaben, damit die Bauern die richtigen Signale für die Ausrichtung ihrer Produktion erhalten.
- 3) Die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Küstenregionen. Zhao Ziyang zufolge ist diese Wirtschaftsentwicklungs-"Strategie" "erst kürzlich" (zuijin) vom Politbüro vorgeschlagen worden. Diesem Konzept liegt die alte Entwicklungsphilosophie von Deng Xiaoping zugrunde, daß die entwickelten, reichen Einheiten und Regionen bevorzugt gefördert werden sollen, um eine schnellere gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Nach Ansicht der marktorientierten Reformkräfte wird sich diese Strategie auch positiv für die armen Einheiten und Regionen auswirken.
- 4) Die Ausarbeitung und Durchführung des Gesetzes über die staatlichen Betriebe. Zhao bezeichnete die Trennung zwischen Partei und Betriebsverwaltung als "Kernfrage" bei der Ausführung des Gesetzes. Der gesetzliche Vertreter des Betriebs sei, so Zhao, der Betriebsdirektor (und nicht der Parteisekretär).